

Auswertung MDRfragt zum Thema:

Die Rente ist sicher – oder?

Befragungszeitraum: 20. bis 27. Dezember 2024

23.890 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sperrfrist xx2025

Die Ergebnisse in der Übersicht:

Vertrauen in die Rente

- Drei Viertel würden Satz „Die Rente ist sicher“ nicht unterschreiben...
- ... und genauso Viele fühlen sich persönl. durch Rente nicht vor Altersarmut geschützt

Maßnahmen zur Stabilisierung des Rentensystems

- 9 von 10 sind gegen ein Absenken des Rentenniveaus...
- ... und zwei Drittel lehnen Erhöhung der Rentenbeiträge bei
- So gut wie niemand steht hinter der Rente mit 70
- Mütterrente und Rente mit 63: Beides soll beibehalten werden
- 45 % für Rentensicherung über Investitionen am Kapitalmarkt
- 9 von 10 für eine Bürgerversicherung, in die auch Beamte & Selbständige einzahlen

Vereinheitlichung Rentensystem Ost / West

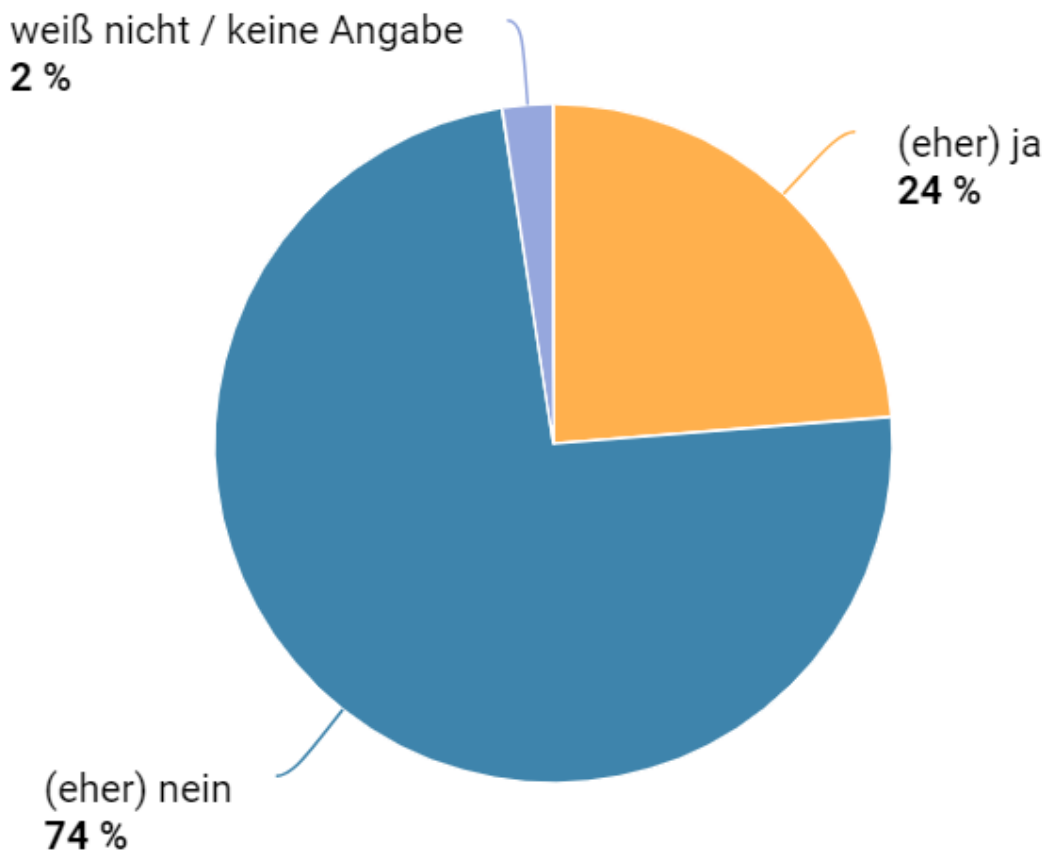
- Drei Viertel begrüßen Vereinheitlichung Rentensystem Ost / West

Die Ergebnisse im Detail:

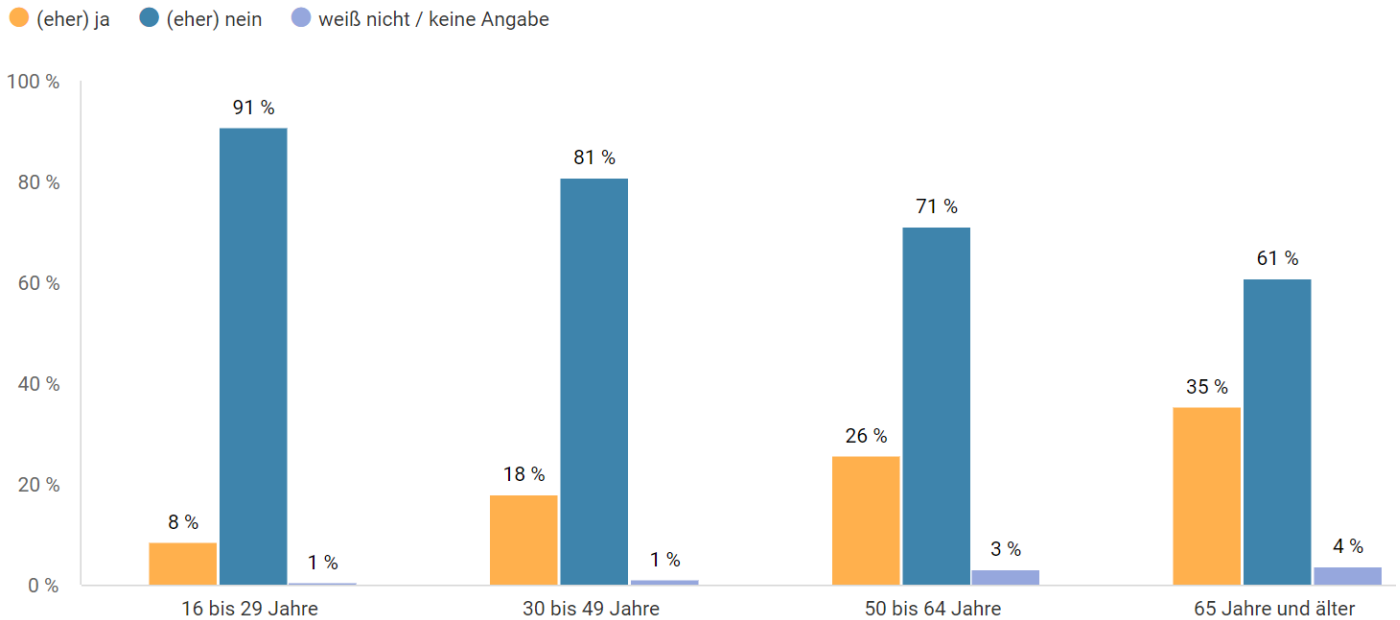
„Die Rente ist sicher“ – drei Viertel glauben nicht daran

Es ist ein Satz, der seit er 1986 zum ersten Mal ausgesprochen wurde, für Diskussionen sorgt: „Die Rente ist sicher.“ Schon damals gab es Zweifel an der Glaubhaftigkeit der Aussage. Heute sagen knapp drei Viertel der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer (74 %), dass sie diesen Satz nicht unterschreiben würden. Nur rund jede und jeder Vierte (24 %) glaubt an eine sichere Rente.

Frage: "Die Rente ist sicher": Diesen Satz von Norbert Blüm kennen vermutlich die meisten – und er wurde damals wie heute infrage gestellt. Mit Blick auf die gesetzliche Rente: Würden Sie den Satz "Die Rente ist sicher" unterschreiben?



Je jünger die Teilnehmer, umso weniger würden sie den Satz „Die Rente ist sicher“ unterschreiben:



Zwischen den Bundesländern gibt es kaum Unterschiede – der Blick auf die Rente ist nahezu identisch:

3

● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe

Sachsen



Sachsen-Anhalt



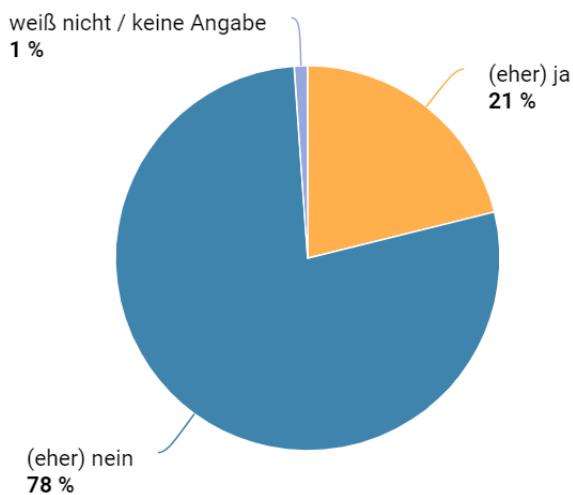
Thüringen



4 von 5 fühlen sich durch staatliche Rente nicht vor Altersarmut geschützt

Speziell diejenigen MDRfragt-Teilnehmer, die selbst Teil des Rentensystems sind (die also entweder derzeit selbst in die Rentenkasse einzahlen, oder aber bereits Rentner sind), haben wir gefragt, ob sie sich durch die staatliche Rente vor Altersarmut geschützt fühlen. Bei rund vier von fünf MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern (78 %) ist das nicht der Fall. Rund jede und jeder Fünfte (21 %) sieht eine ausreichende Absicherung durch die Rente gegeben.

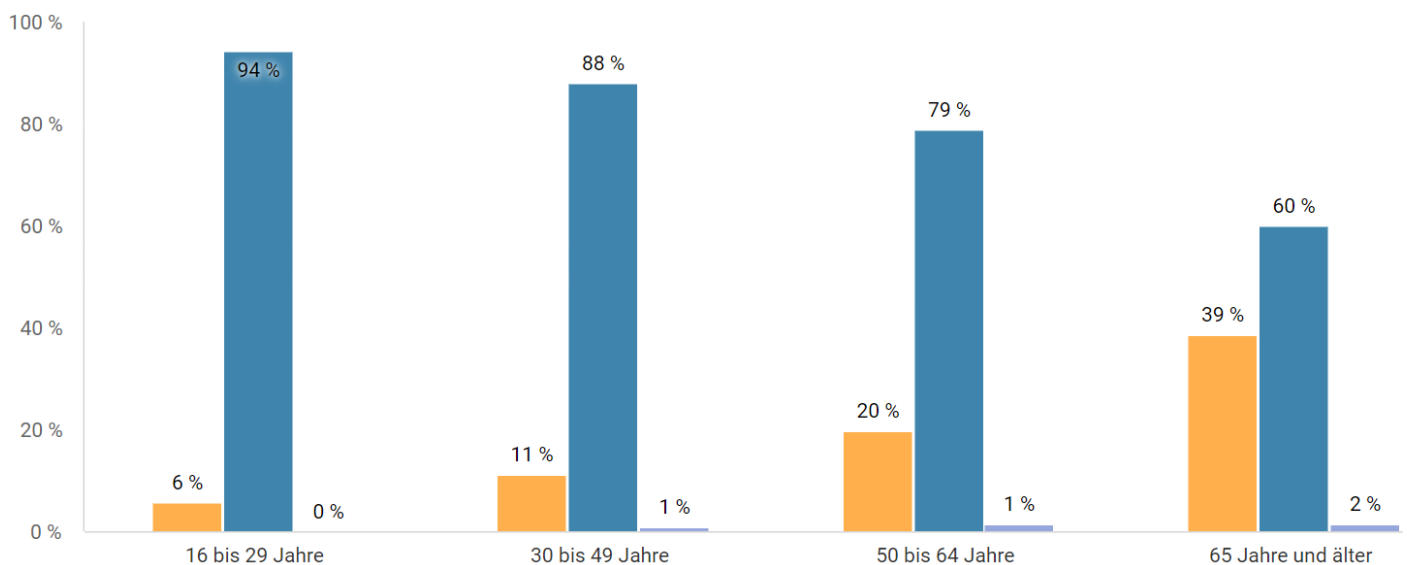
Frage: Und speziell mit Blick auf Ihre eigene Rente – egal, ob Sie diese schon heute beziehen oder ob sie noch in weiter Ferne liegt: Fühlen Sie sich persönlich durch die staatliche Rente vor Armut im Alter geschützt?



4

Das Vertrauen in die eigene Absicherung durch die staatliche Rente steigt dabei mit dem Alter deutlich an. Von den über 65-Jährigen fühlt sich mehr als jeder Dritte (39 %) durch die Rente vor Armut geschützt. Bei den unter 30-Jährigen sind es gerade einmal 6 Prozent.

● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe



Auch beim Blick auf die eigene Rente gibt es zwischen den Bundesländern keine nennenswerten Unterschiede:

● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe

Sachsen



Sachsen-Anhalt



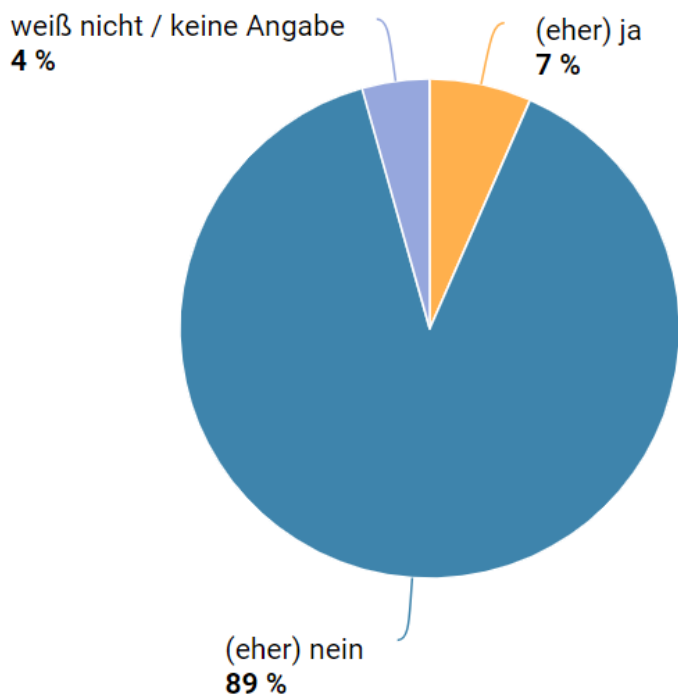
Thüringen



9 von 10 sind gegen ein Absenken des Rentenniveaus

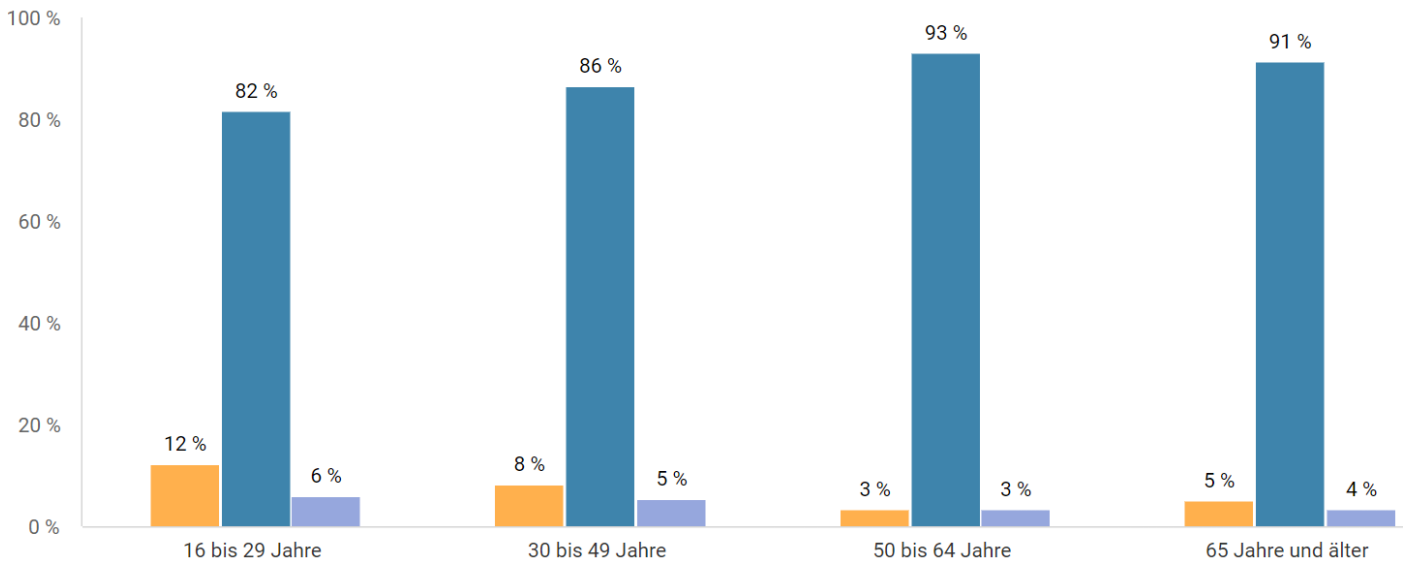
Das Rentensystem wackelt – um die Finanzierungslücke zu verkleinern, gibt es verschiedene Hebel. Einer davon: Das Rentenniveau absenken und damit die ausgezahlte Rente zu minimieren. Derzeit liegt das Rentenniveau bei rund 48 Prozent – das heißt, eine Durchschnittsrente ist derzeit etwa halb so hoch wie ein Durchschnittseinkommen. Die 48 Prozent sind noch bis 2025 festgeschrieben. Sie danach abzusenken – für neun von 10 MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern kommt das nicht infrage: Sie sprechen sich gegen Einsparungen beim Rentenniveau aus. Sieben Prozent halten diesen Weg für legitim, um das Rentensystem zu stabilisieren.

Frage: Ein ganz wichtiger Punkt in der Absicherung fürs Alter ist das Rentenniveau. Heißt übersetzt: Wie viel bekommen Rentnerinnen und Rentner im Vergleich zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern? Bis einschließlich 2025 gilt: Das Rentenniveau liegt bei 48 Prozent. Damit ist eine Durchschnittsrente derzeit knapp halb so hoch wie ein Durchschnittseinkommen. Dieses Rentenniveau zu finanzieren, wird aber immer schwieriger: Weil weniger jüngere Menschen ins Rentensystem einzahlen und gleichzeitig die Menschen immer älter werden und damit auch länger Rente bekommen. Halten Sie ein Absenken des Rentenniveaus auf unter 48 Prozent für legitim, um die Finanzierungslücke im Rentensystem zu verringern?



Die klare Ablehnung gegen ein Absenken des Rentenniveaus zieht sich durch alle Altersgruppen, jedoch sympathisieren bei den unter 30-Jährigen mit 12 Prozent mehr als doppelt so Viele mit dieser Möglichkeit als bei den über 50-Jährigen.

● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe



7 Die Ablehnung der Absenkung des Rentenniveaus ist in allen drei Bundesländern nahezu gleich ausgeprägt:

● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe

Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen



Jeder Zweite wünscht sich für 2025 Rentenerhöhung um mehr als 3,5 Prozent

Vergangenes Jahr fiel die Rentenerhöhung mit 4,57 Prozent relativ hoch aus. In diesem Jahr stehen bislang rund 3,5 Prozent Erhöhung im Raum. Ginge es nach den MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern, sollte der Staat noch eine Schippe drauflegen: Jeder Zweite wünscht sich eine Erhöhung um mehr als 3,5 Prozent, die avisierten 3,5 Prozent hält jeder Vierte für richtig. Eine geringere Erhöhung wünschen sich 6 Prozent, und eine Nullrunde 7 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Frage: Um Rentenniveau und Kaufkraft der Rentner zu erhalten, werden jährlich zum 1. Juli Anpassungen der Rente an die Einkommens- und Inflationsentwicklungen vorgenommen. Im vergangenen Jahr fiel die Erhöhung mit 4,57 Prozent relativ hoch aus. Für dieses Jahr steht nach bisherigen Schätzungen eine Erhöhung um 3,5 Prozent im Raum. Wie sollten sich die Renten Ihrer Meinung nach in diesem Jahr entwickeln?

Erhöhung um mehr als 3,5 Prozent



Erhöhung um 3,5 Prozent



8 Erhöhung um weniger als 3,5 Prozent



Nullrunde (keinerlei Erhöhung)



weiß nicht / keine Angabe

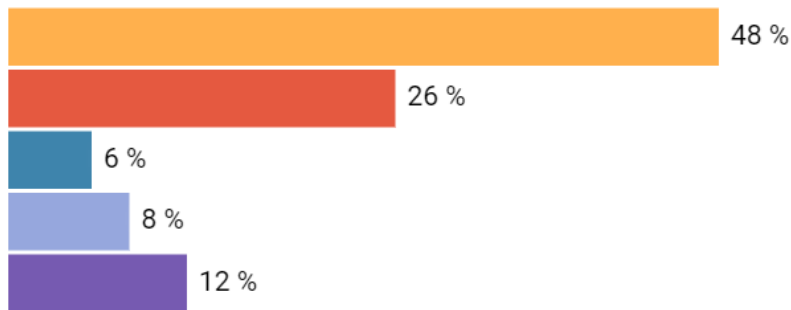


Nachvollziehbarerweise wünschen sich insbesondere Menschen, die derzeit bereits eine Rente beziehen, eine deutliche Rentenerhöhung: Knapp zwei Drittel (65 %) der Rentner haben angegeben, dass eine Erhöhung um mehr als 3,5 Prozent erfolgen sollte, aber nur 41 Prozent der Nicht-Rentner (darunter auch Beamte und Pensionäre) sehen das so.

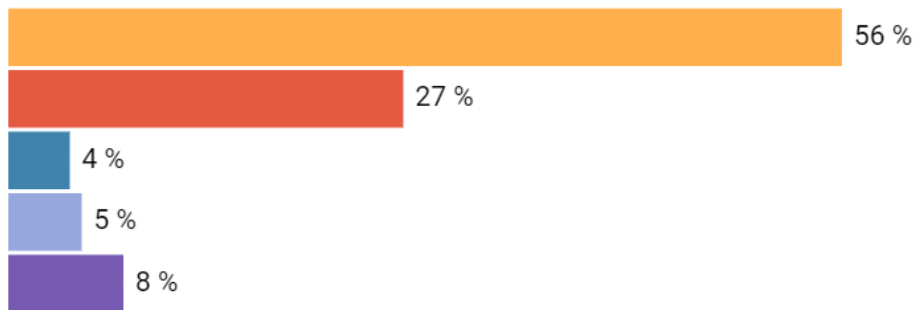
Auch zwischen den Bundesländern gibt es bei dieser Frage gewisse Unterschiede. So ist der Wunsch nach einer Erhöhung um mehr als 3,5 Prozent mit 56 Prozent besonders hoch, in Sachsen wünschen sich das hingegen etwas weniger als die Hälfte, 48 Prozent. Thüringen liegt mit 51 Prozent in der Mitte.

- Erhöhung um mehr als 3,5 Prozent
- Erhöhung um 3,5 Prozent
- Erhöhung um weniger als 3,5 Prozent
- Nullrunde (keinerlei Erhöhung)
- weiß nicht / keine Angabe

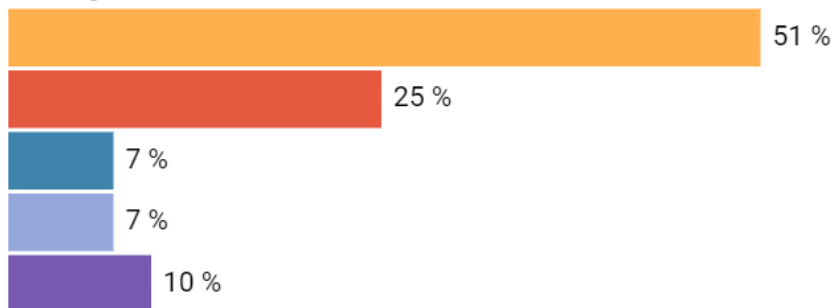
Sachsen



Sachsen-Anhalt



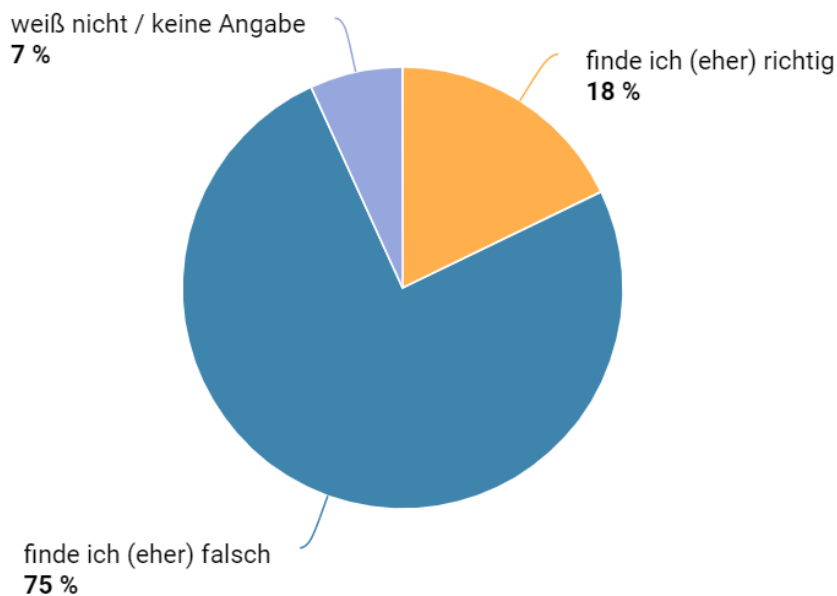
Thüringen



Drei Viertel hätten sich Inflationsausgleichsprämie auch für Rentner gewünscht

Die Inflationsausgleichsprämie sollte die Auswirkungen der hohen Preissteigerungen für Arbeitnehmer etwas abschwächen: Bis zu 3000 Euro konnten Arbeitgeber steuerfrei an Beschäftigte auszahlen. Es war den Unternehmen aber freigestellt, ob sie das tun wollen. Rentner erhielten zwar eine deutliche Rentenerhöhung, jedoch kein Äquivalent zur Prämie. Das halten drei Viertel der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer für falsch 18 Prozent unterstützen das Vorgehen der Politik.

Frage: Die hohe Inflation hat viele von uns in den vergangenen Jahren stark belastet. Um dem entgegenzuwirken, stiegen sowohl Löhne und Gehälter als auch Renten deutlich an. Was Rentner jedoch nicht erhielten, war die Inflationsausgleichsprämie: Bis zu 3.000 Euro konnten Arbeitnehmer von ihrem Arbeitgeber steuerfrei erhalten. Arbeitgebern war es dabei freigestellt, ob sie diese Prämie auszahlen. Wie stehen Sie dazu, dass Rentner keine Inflationsausgleichsprämie erhalten haben?



Auch bei dieser Frage gibt es deutliche Unterschiede zwischen Rentnern und Nicht-Rentnern: Während 91 Prozent der Rentner beklagen, dass es keine Inflationsausgleichsprämie für sie gab, sind es bei den Nicht-Rentnern nur zwei Drittel.

In Sachsen-Anhalt hätten sich mit 80 Prozent etwas mehr Teilnehmer als in Sachsen und Thüringen mit jeweils 74 Prozent die Inflationsausgleichsprämie auch für Rentner gewünscht:

● finde ich (eher) richtig ● finde ich (eher) falsch ● weiß nicht / keine Angabe

Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen



Deutliche Mehrheit wünscht sich Absenken des Renteneintrittsalters

Ein anderer möglicher Hebel, um das Rentensystem zu entlasten, ist ein späterer Renteneinstieg. Geht es nach den MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern, sollte jedoch genau das Gegenteil passieren: 62 Prozent wünschen sich ein Absenken des Renteneintrittsalters – also zum Beispiel eine Rückkehr zur Rente mit 65. Ein Beibehalten der Rente mit 67 wollen 13 Prozent, weitere 22 Prozent sprechen sich für die Rente mit 67 inklusive stärkerer Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten aus. Eine pauschale und verpflichtende Anhebung des Renteneintrittsalters zum Beispiel auf 70 Jahre befürwortet gerade mal ein Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer.

Frage: Immer wieder wird auch über das Renteneintrittsalter diskutiert. Derzeit liegt es bei 67 Jahren, eine spätere Rente würde die Finanzierung erleichtern. Wie sehen Sie das: In welchem Alter sollte der Renteneintritt erfolgen?

Renteneintrittsalter sollte abgesenkt werden (z. B. Rente mit 65)



Rente mit 67 sollte bleiben



Rente mit 67 sollte bleiben - aber es sollte mehr Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten geben



Renteneintrittsalter sollte erhöht werden (z. B. Rente mit 70)



weiß nicht / keine Angabe

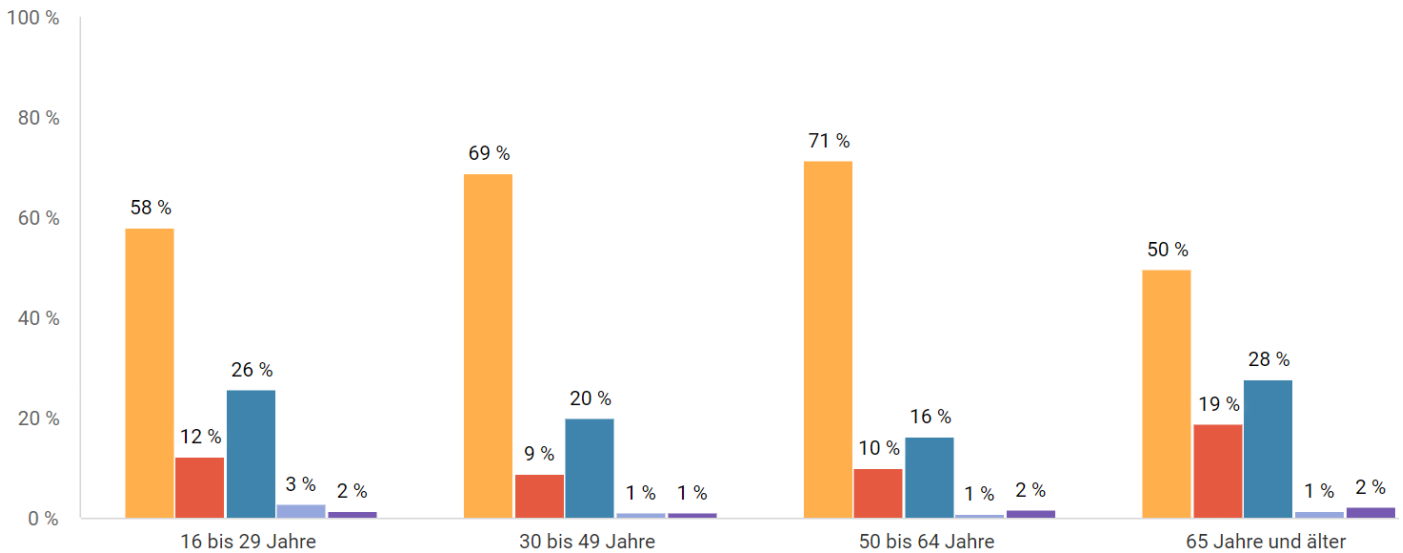


Diese Frage wird ebenfalls je nach Art der Betroffenheit unterschiedlich bewertet: Während sich von denen, die bereits im Ruhestand sind, also eine Rente oder eine Pension erhalten, 54 Prozent ein Absenken des Eintrittsalters in den Ruhestand wünschen, sind es bei allen anderen deutlich mehr, nämlich 68 Prozent.

Spannend ist auch der Blick auf die Altersgruppen – da zeigt sich, dass insbesondere diejenigen, die verhältnismäßig nahe am Renteneintrittsalter liegen, eher ein Absenken desselbigen wünschen. Bei den unter 30-Jährigen können sich hingegen mehr mit dem Gedanken an ein längeres Arbeiten – insbesondere, wenn es freiwillig ist – anfreunden.

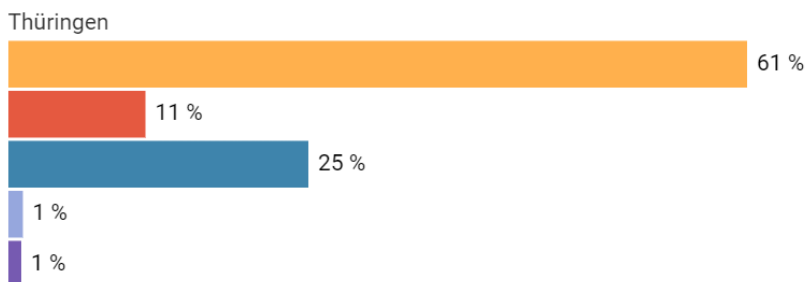
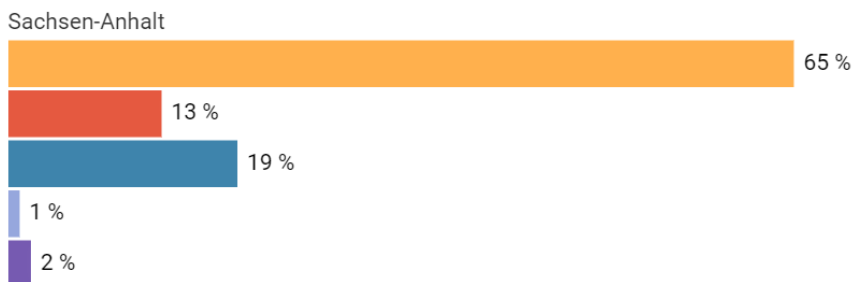
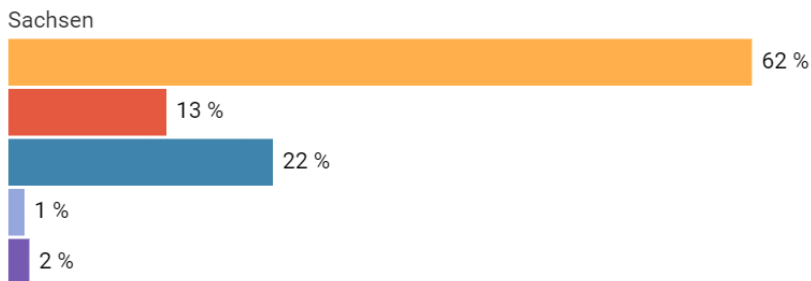
Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

- Renteneintrittsalter sollte abgesenkt werden (z. B. Rente mit 65) ● Rente mit 67 sollte bleiben
- Rente mit 67 sollte bleiben - aber es sollte mehr Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten geben
- Renteneintrittsalter sollte erhöht werden (z. B. Rente mit 70) ● weiß nicht / keine Angabe



Die Ergebnisse aus den Bundesländern liegen bei dieser Frage relativ nah beieinander:

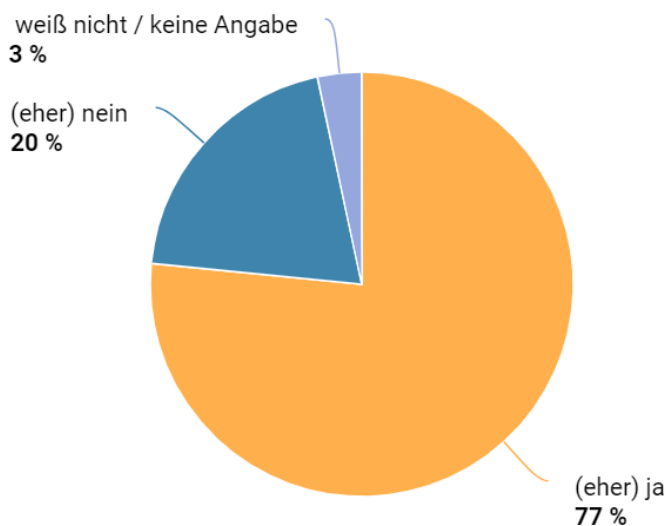
13



Starker Rückhalt für Rente mit 63: Drei Viertel für ein Beibehalten

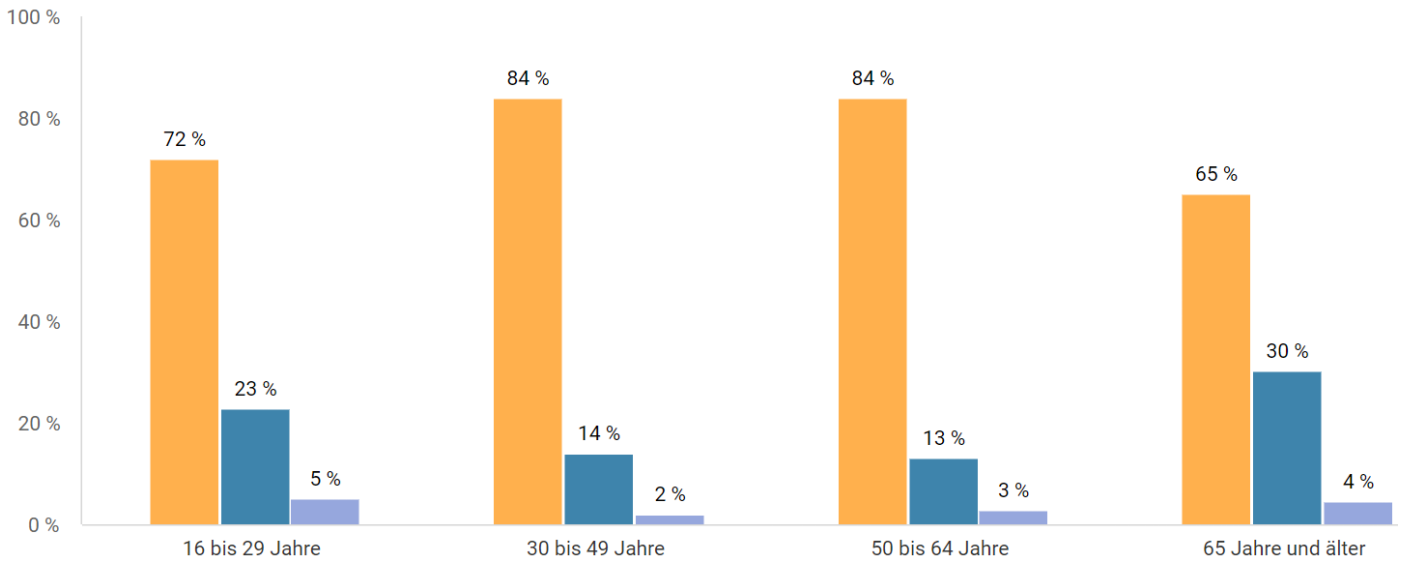
Die Rente mit 63 wurde als Sonderfall erst vor wenigen Jahren eingeführt. Was für das Rentensystem eine zusätzliche Herausforderung ist, wird von einer klaren Mehrheit der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer als richtiger Schritt angesehen: Mehr als drei Viertel (77 %) sprechen sich für ein Beibehalten der Rente mit 63 aus, jeder Fünfte (20 %) findet, die Maßnahme sollte wieder abgeschafft werden.

Frage: Ein Sonderfall ist die Rente mit 63: Wer mindestens 45 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, kann schon mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Die Regelung wurde 2014 eingeführt und kostet derzeit jährlich rund 3 Milliarden Euro. Sollte die Rente mit 63 beibehalten werden?



Auch für die Rente mit 63 gibt es eher Zuspruch von denen, denen die Rente noch bevorsteht, insbesondere von den mittleren Altersgruppen:

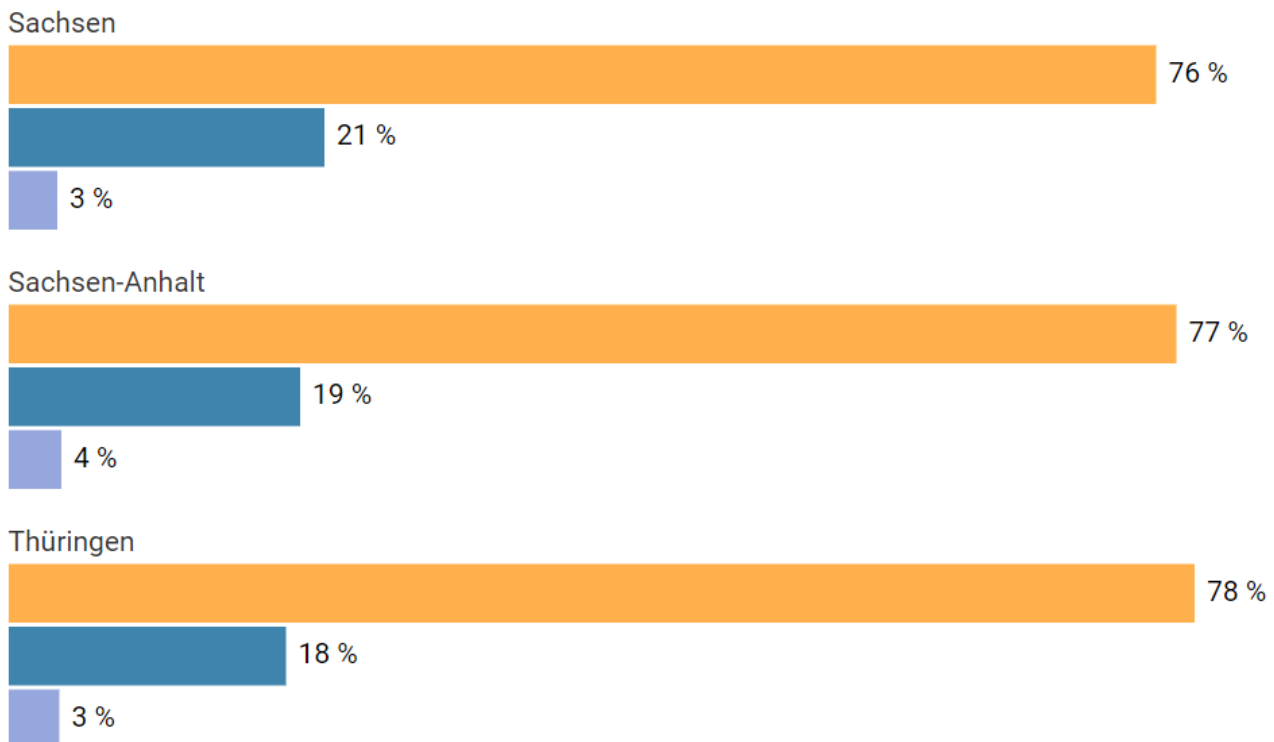
● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe



Zwischen den Bundesländern gibt es bei dieser kaum Unterschiede

15

● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe



Große Mehrheit steht hinter der „Mütterrente“

Für Eltern gibt es zusätzliche Rentenpunkte, um Nachteil aufgrund von Erziehungszeiten auszugleichen. Auch dieses Konzept steht in Zeiten klammer Rentenkassen zur Diskussion. Bei den MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern findet es jedoch großen Zuspruch: Rund jeder Dritte (29 %) findet, das Konzept sollte in seiner jetzigen Form beibehalten werden, zusätzliche 51 Prozent sprechen sich sogar für eine Ausweitung der Mütterrente aus. Bislang gibt es für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, nämlich einen halben Rentenpunkt weniger als für Kinder, die danach geboren wurden. Diese Ungleichbehandlung sollte entsprechend in den Augen von jeder und jedem Zweiten abgeschafft werden. Für eine Kürzung (2 %) bzw. eine Abschaffung der sogenannten „Mütterrente“ (7 %) sprechen sich nur die Wenigsten aus.

Frage: Diskussionen gibt es regelmäßig auch um die sogenannte "Mütterrente": Eltern erhalten für die Erziehung von Kindern zusätzliche Rentenpunkte – entweder 3 (für jedes Kind, das ab 1992 geboren wurden) oder 2,5 (für jedes Kind, das vor 1992 geboren wurden). Die Punkte können die Eltern untereinander aufteilen. Folgende Forderungen gibt es zur "Mütterrente": Eine Ausweitung, sodass auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, 3 Rentenpunkte ausgezahlt werden. Eine Kürzung bzw. Abschaffung, um die Rentenkassen zu entlasten. Wie stehen Sie zu zusätzlichen Rentenpunkten für Eltern (sogenannte "Mütterrente")?

Das Konzept sollte in seiner jetzigen Form beibehalten werden.



Das Konzept sollte ausgeweitet werden (3 Rentenpunkte auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden).



Das Konzept sollte gekürzt werden.



Das Konzept sollte abgeschafft werden.

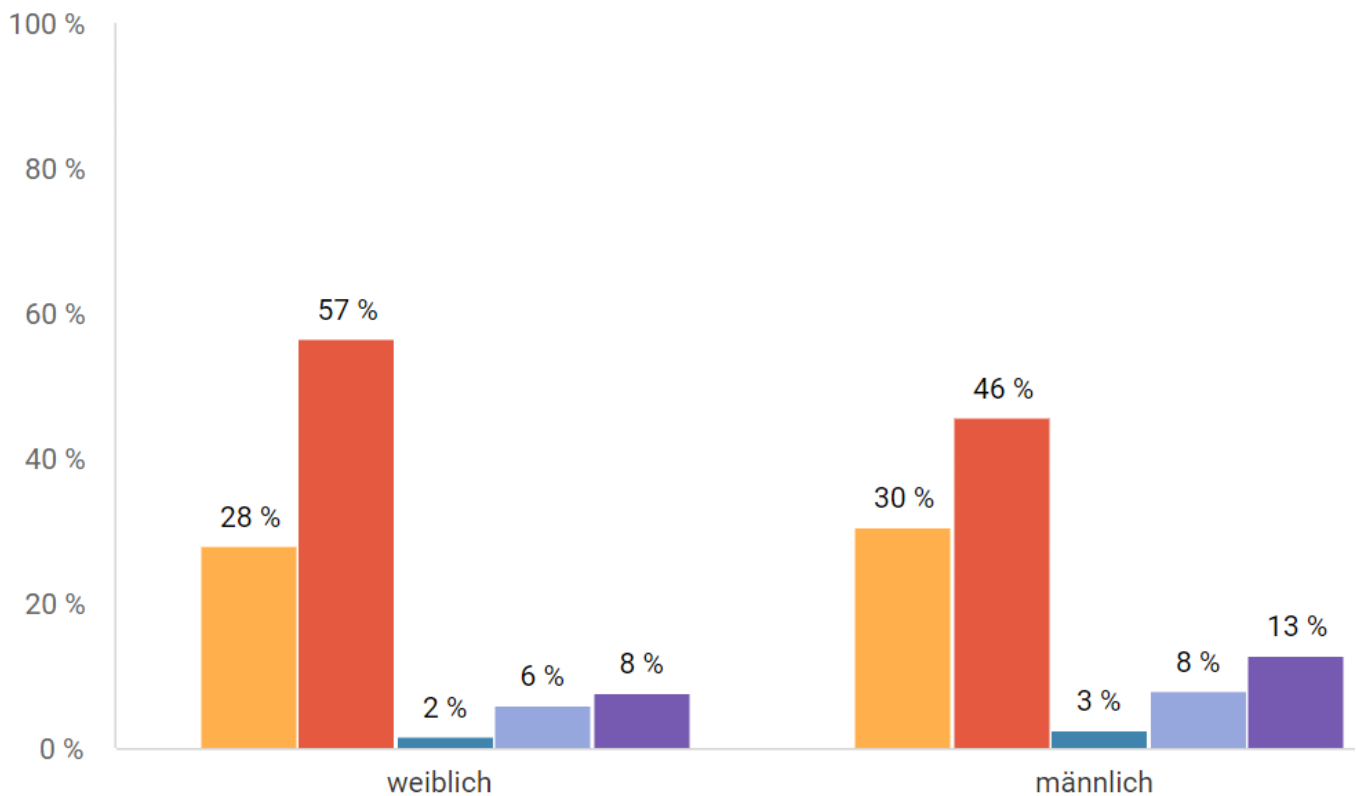


Weiß nicht / keine Angabe



Die Rentenpunkte, die es pro Kind zusätzlich gibt, können sich die Eltern untereinander aufteilen. Dennoch ist das Konzept vor allem unter dem Namen „Mütterrente“ bekannt, da es überdurchschnittlich oft Frauen sind, die einen größeren Anteil zur Erziehung leisten. Entsprechend ist der Blick auf die Mütterrente zwischen den Geschlechtern auch leicht unterschiedlich – insgesamt stehen etwas mehr Frauen als Männer hinter dem Konzept, von dem sich auch viele eine Ausweitung wünschen.

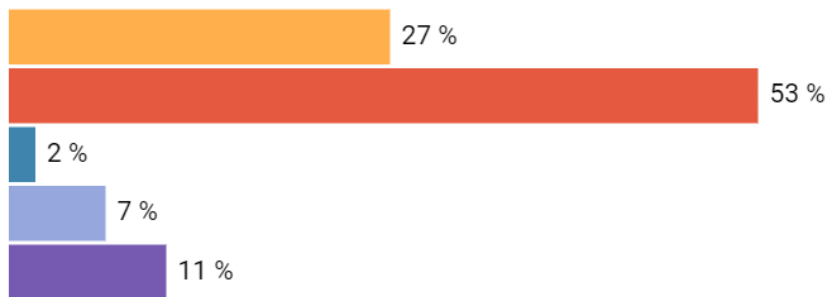
- Das Konzept sollte in seiner jetzigen Form beibehalten werden.
- Das Konzept sollte ausgeweitet werden (3 Rentenpunkte auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden).
- Das Konzept sollte gekürzt werden.
- Das Konzept sollte abgeschafft werden.
- Weiß nicht / keine Angabe



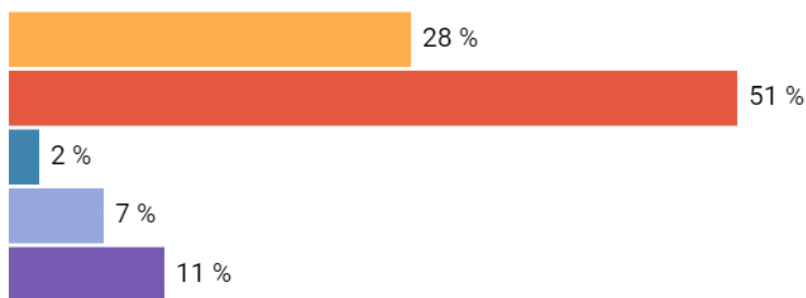
Der grundsätzliche Zuspruch zur Mütterrente ist in den drei Bundesländern ähnlich hoch, allerdings wünschen sich in Sachsen mehr Teilnehmer als in Thüringen, dass die Mütterrente nicht nur beibehalten, sondern ausgeweitet wird. Sachsen-Anhalt liegt in der Mitte.

- Das Konzept sollte in seiner jetzigen Form beibehalten werden.
- Das Konzept sollte ausgeweitet werden (3 Rentenpunkte auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden).
- Das Konzept sollte gekürzt werden. ● Das Konzept sollte abgeschafft werden. ● Weiß nicht / keine Angabe

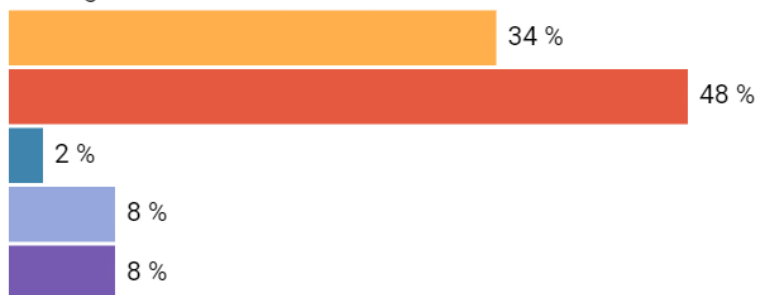
Sachsen



Sachsen-Anhalt



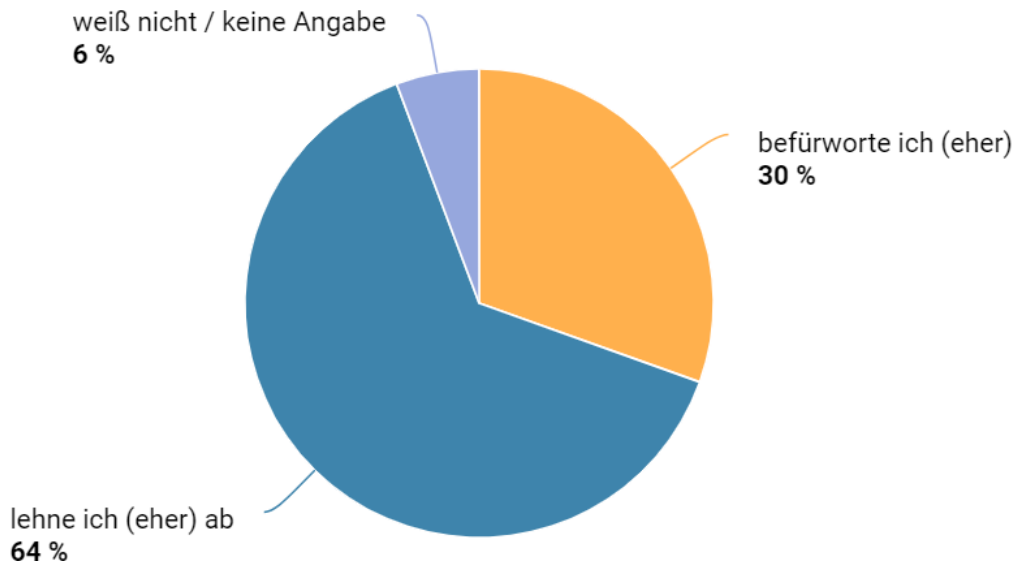
Thüringen



Zwei Drittel lehnen höhere Rentenbeiträge ab

Auch eine Anhebung der Rentenbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wäre ein möglicher Hebel, um die Rentenkassen zu entlasten. Auch dieser Variante steht ein Großteil der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer kritisch gegenüber: Knapp zwei Drittel (64 %) lehnen höhere Rentenbeiträge ab, 30 Prozent befürworten sie.

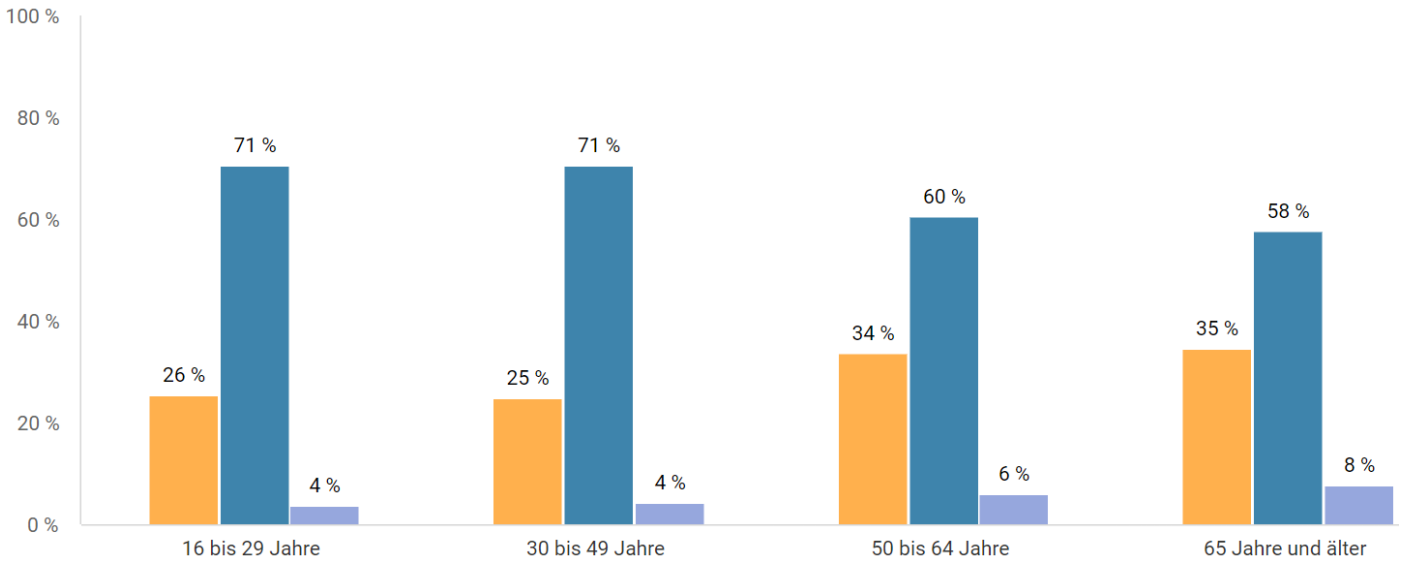
Frage: Eine Möglichkeit für den Staat, mehr Geld für die Renten zu bekommen: Die Rentenbeiträge werden für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhöht. Sie zahlen also mehr ins System ein. Damit würden die jüngeren Generationen stärker belastet. Wie stehen Sie zu einer Erhöhung der Rentenbeiträge, um die Rente zumindest vorerst zu sichern?



Auch bei dieser Frage gibt es deutliche Unterschiede je nach Betroffenheit, also zwischen denjenigen, die aktuell oder künftig in die Rentenkasse einzahlen (werden), und denjenigen die von einer Beitragserhöhung nicht betroffen wären (Rentner, Beamte, Pensionäre...) Während von den derzeitigen und künftigen Beitragszahlern 69 Prozent eine Beitragserhöhung ablehnen, sind es bei denen, die nicht in die Rentenkasse einzahlen nur 58 Prozent.

Und beim Blick in die Altersgruppen zeigt sich: Insbesondere die Jüngeren, die noch lange in die Rentenkasse einzahlen werden, lehnen eine Beitragserhöhung ab.

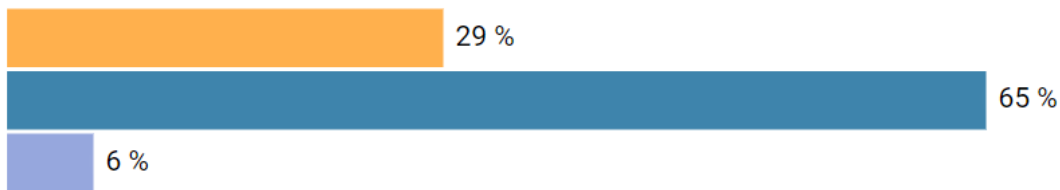
● befürworte ich (eher) ● lehne ich (eher) ab ● weiß nicht / keine Angabe



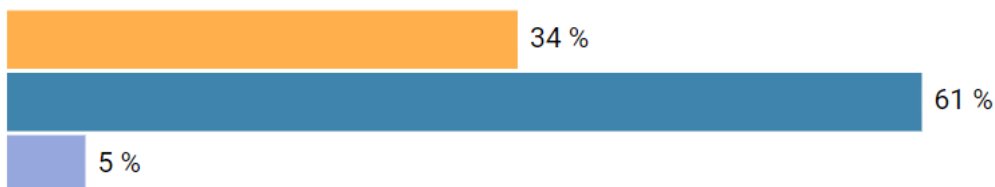
Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind geringfügig:

● befürworte ich (eher) ● lehne ich (eher) ab ● weiß nicht / keine Angabe

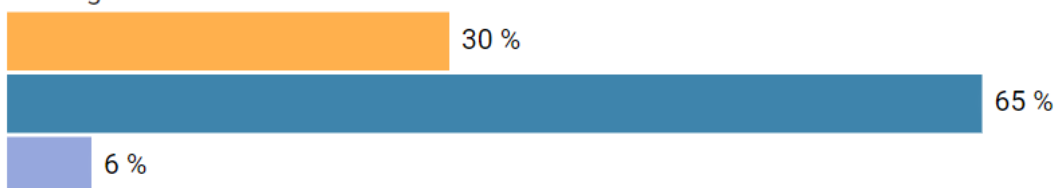
Sachsen



Sachsen-Anhalt



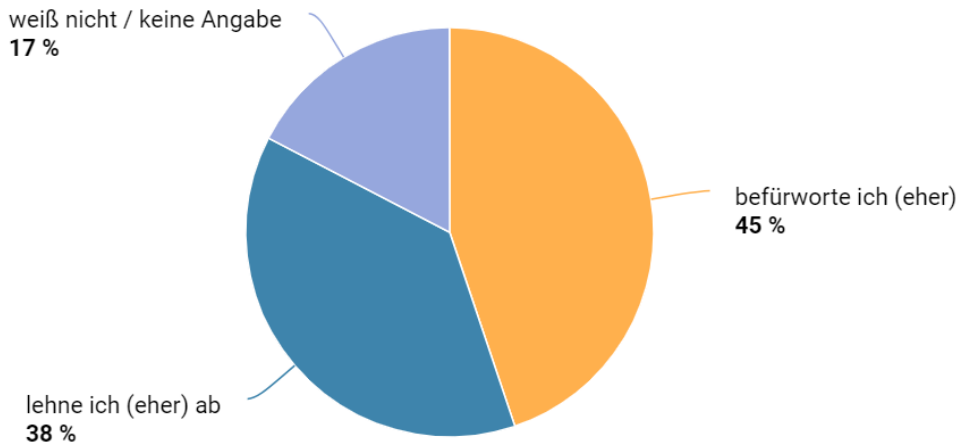
Thüringen



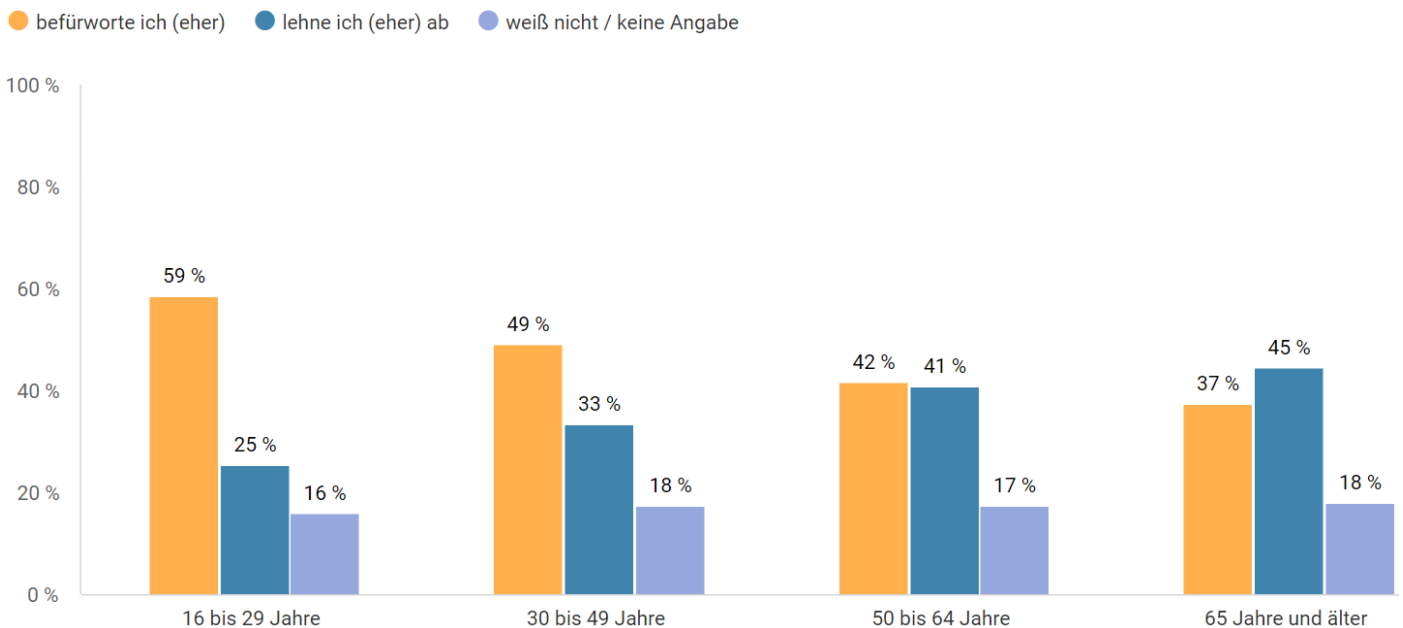
Rentensicherung durch Investitionen am Kapitalmarkt? Unsicherheit bei den Teilnehmern

Dass sich etwas im Rentensystem ändern muss – darin stimmen Experten überein. Nur über das „was“ herrscht Uneinigkeit. Auch Investitionen am Kapitalmarkt sind eine Möglichkeit. Sie zählen zu den Maßnahmen, die von den MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern tendenziell noch positiver aufgenommen werden: 45 Prozent befürworteten entsprechende Investitionen. 38 Prozent stehen dem jedoch skeptisch gegenüber. 17 Prozent trauen sich in dieser Frage kein Urteil zu.

Frage: Egal ob Generationenkapital, Aktienrente oder Bürgerfonds: Derzeit gibt es viele Ideen, die Rente auch über Investitionen am Kapitalmarkt (z. B. Aktien) zu finanzieren. Die Gelder dafür könnten etwa aus Haushaltsmitteln, Bundesdarlehen oder auch aus Beiträgen der Versicherten stammen. Was halten Sie von der Idee, die staatliche Rente auch über Investitionen am Kapitalmarkt zu sichern?

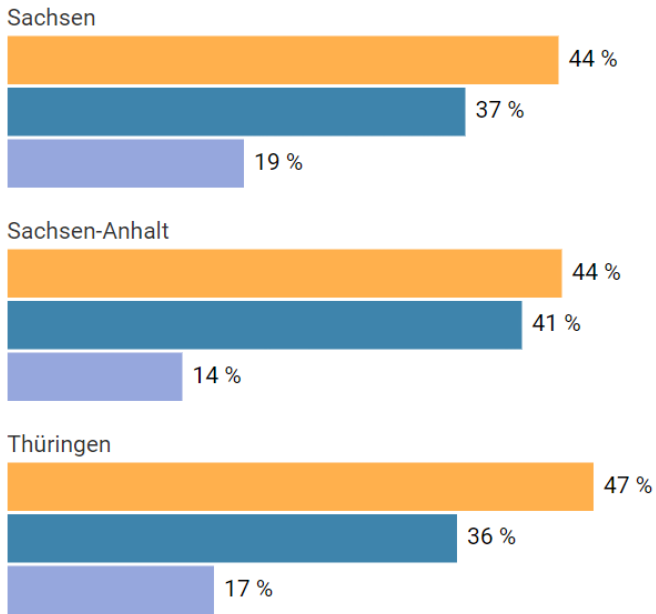


Die Jüngeren stehen Investitionen am Kapitalmarkt zur Rentensicherung deutlich offener gegenüber – je älter die Teilnehmer, umso größer die Ablehnung:



Auch bei dieser Frage nur geringe Unterschiede zwischen den Bundesländern:

● befürworte ich (eher)
 ● lehne ich (eher) ab
 ● weiß nicht / keine Angabe



22

Große Einigkeit: Alle sollen in eine Versicherung einzahlen – auch Beamte & Selbständige

Keine andere Frage wurde mit solcher Deutlichkeit beantwortet, wie diese: Neun von Zehn MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern wünschen sich, dass eine Bürgerversicherung eingeführt wird, in die alle einzahlen – also auch Selbständige und Beamte. Sechs Prozent lehnen diesen Vorschlag ab.

Frage: Eine mögliche Reform der Alterssicherung könnte auch dem Prinzip einer Bürgerversicherung folgen: In diese müssten alle einzahlen – auch Beamte und Selbständige. Würden Sie sich die Einführung einer Bürgerversicherung wünschen, in die alle – also auch Beamte und Selbständige – einzahlen?

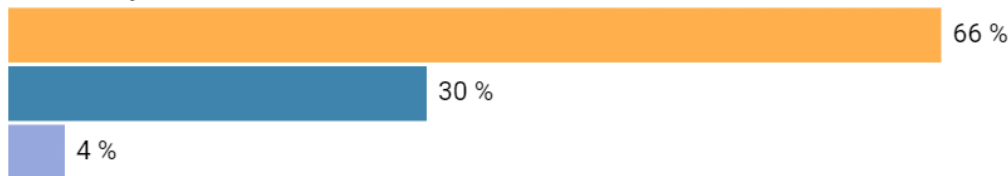


Bei dieser Frage gibt es deutliche Unterschiede zwischen denjenigen, die Teil des Rentensystems sind und denjenigen, die heute oder später einmal eine Pension erhalten: Von denen, die auf die Rentenkasse angewiesen sind, befürworten 93 Prozent eine einheitliche Versicherung für alle, von den künftigen und derzeitigen Pensionären tun dies hingegen nur zwei Drittel.

Rentensystem



Pensionssystem



In Thüringen sprechen sich mit 86 Prozent am wenigsten für eine gemeinsame Bürgerversicherung aus, in Sachsen-Anhalt sind es 91 und in Sachsen 93 Prozent.

● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe

Sachsen



Sachsen-Anhalt



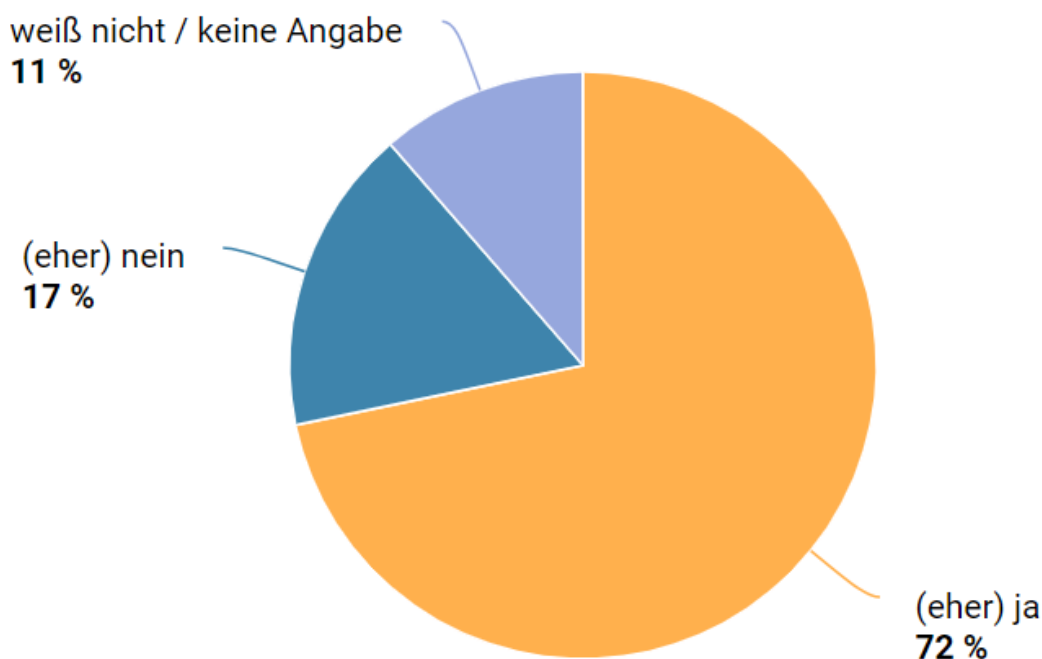
Thüringen



Drei Viertel begrüßen Rentenangleichung Ost / West

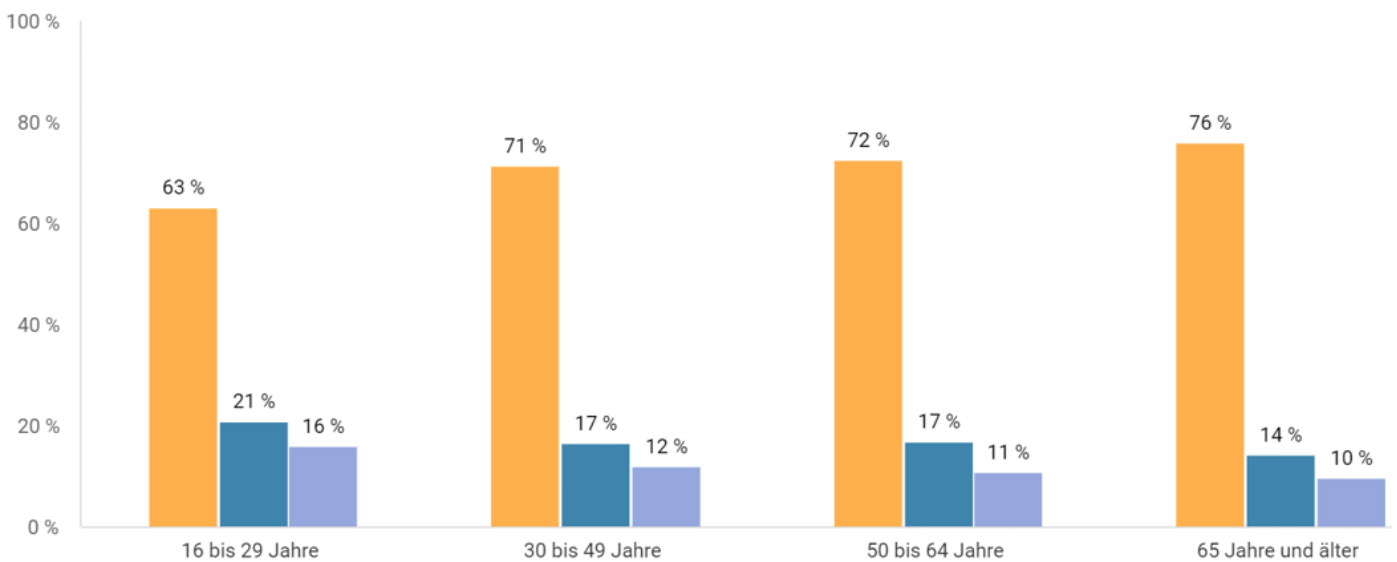
Mit dem Jahreswechsel ist die Vereinheitlichung der Rentensysteme Ost / West nun endgültig vollzogen: Während die Angleichung der Rentenwerte (wie viel erhält man für einen Rentenpunkt) bereits im Sommer 2023 erfolgt ist, findet nun auch die Angleichung der Anwartschaft statt (wie viele Rentenpunkte erhält man für seinen Lohn). Ersteres ist positiv für alle Rentner im Osten, zweiteres negativ für die Arbeitnehmer im Osten. Denn aufgrund der Lohnunterschiede in Ost / West, wurden die niedrigeren ostdeutschen Löhne bislang höher gerechnet – das heißt, ostdeutsche Arbeitnehmern haben für ihren Lohn mehr Rentenpunkte erhalten als westdeutsche. Mit diesem Vorteil für Ostdeutsche ist jetzt Schluss. Dennoch sieht eine Mehrheit die Vereinheitlichung als positiv an: Knapp drei Viertel (72 %) haben so geantwortet, 17 Prozent sehen die Vereinheitlichung kritisch.

Frage: Unsere letzte Frage zur Rente dreht sich speziell um Ostdeutschland. Lange gab es in Ost und West unterschiedliche Rentenrechte: Während der einzelne Rentenpunkt im Osten weniger wert war, haben ostdeutsche Arbeitnehmer gleichzeitig für denselben Lohn mehr Rentenpunkte erhalten als westdeutsche. Auf diese Weise wollte man den Unterschieden in Wirtschaftskraft und Löhnen begegnen. Lange wurde eine Vereinheitlichung des Rentenrechts gefordert: Seit Kurzem sind die Rentenpunkte in Ost und West gleich viel wert. Die Angleichung der Anwartschaft (wie viel Rentenpunkte erhält ein Arbeitnehmer für seinen Lohn) erfolgt zum 1.1.2025. Da die Löhne im Osten jedoch nach wie vor niedriger sind als im Westen, bedeutet das: Von der Rentenangleichung profitieren insbesondere derzeitige Rentner im Osten, da ihre Rentenpunkte nun mehr wert sind. Benachteiligt ist jedoch ein Großteil der derzeitigen ostdeutschen Arbeitnehmer, da sie künftig wohl weniger Rentenpunkte für ihren Lohn ansammeln können als bislang. Der höhere Wert des einzelnen Rentenpunkts gleicht diese Lücke in vielen Fällen wohl nicht aus. Alles in allem: Finden Sie die Vereinheitlichung des Rentenrechts (Ost / West) richtig?



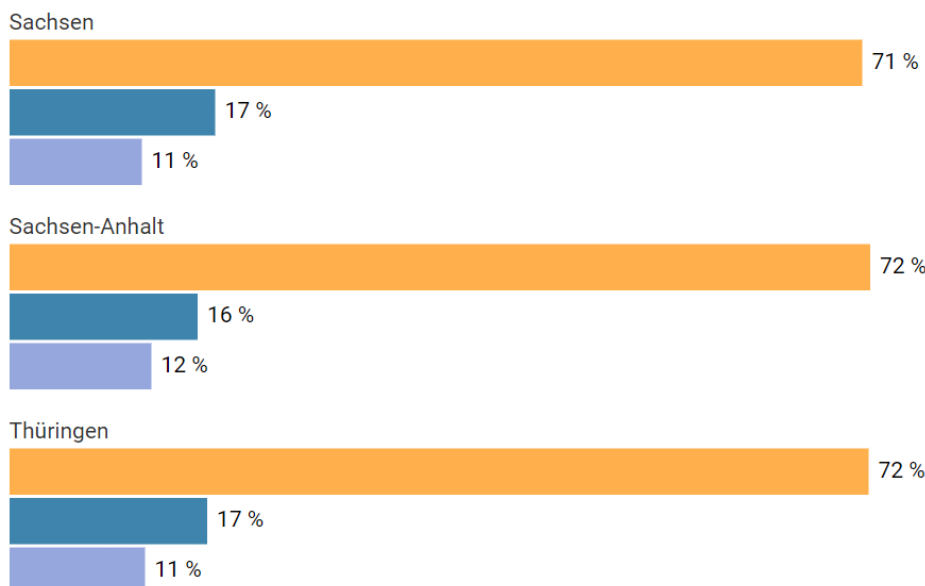
Je älter die Teilnehmer, umso stärker stehen Sie hinter der Vereinheitlichung. Dieser Trend ist gut nachvollziehbar, denn es gilt: Je älter die Teilnehmer, umso stärker profitieren sie von der Vereinheitlichung – da die bisher gesammelten Rentenpunkte nun mehr wert sind. Je jünger die Teilnehmer, umso stärker überwiegt hingegen der Nachteil – denn sie sammeln nun weniger Rentenpunkte, als sie es bislang getan haben. Unterm Strich für viele ein Negativgeschäft, da der höhere Wert des einzelnen Rentenpunktes das Fehlen der zusätzlichen Rentenpunkte in vielen Fällen nicht ausgleicht.

● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe



Keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Bundesländern bei dieser Frage:

● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe



Apendix: Filterfrage

Um die Ergebnisse besser einordnen zu können, wollten wir von unseren Teilnehmern wissen, welchen Bezug sie persönlich zum Rentensystem haben. Die Antwort auf diese Frage veröffentlichen wir aus Transparenzgründen – das Ergebnis ist an dieser Stelle ungewichtet (im Gegensatz zu allen anderen Ergebnissen in dieser Befragung) und stellt daher die absoluten Zahlen dar. Der Großteil der Befragungs-Teilnehmerinnen und Teilnehmer bezieht derzeit bereits Rente (57 %) oder wird dies künftig tun (36 %). Künftige (3 %) oder aktuelle (4 %) Pensionsempfänger stellen die Minderheit dar. Hier die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises im Detail:

Frage: Zunächst würden wir gerne wissen, wie Ihr persönlicher Bezug zur gesetzlichen Rente ist?

Ich zahle in die gesetzliche Rente ein, bzw. werde das (voraussichtlich) künftig tun.



Ich beziehe bereits gesetzliche Rente.



Ich werde künftig eine Pension erhalten.



Ich erhalte bereits eine Pension.



Nichts davon trifft auf mich zu.



Weiß nicht / keine Angabe



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 20. - 27. Dezember 2024 stand unter der Überschrift:

Die Rente ist sicher – oder?

Insgesamt sind bei MDRfragt 67.010 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 27.12.2024, 10.10 Uhr).

23.890 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	177 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	2.537 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	10.275 Teilnehmende
65+:	10.901 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

27

Sachsen:	12.369 (52 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	5.637 (24 Prozent)
Thüringen:	5.884 (25 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	10.213 (43 Prozent)
Männlich:	13.617 (57 Prozent)
Divers:	60 (0,3 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.